

Satzung

über die Festsetzung der Steuerhebesätze für die Realsteuern in der Stadt Dorsten (Hebesatz-Satzung)

vom 24.03.1994

zuletzt geändert durch Satzung zur 8. Änderung der Satzung über die Festsetzung der Steuerhebesätze für die Realsteuern der Stadt Dorsten (Hebesatz-Satzung)

vom 20. Dezember 2022

Aufgrund der §§ 4 und 28 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.08.1984 (GV NW S. 475), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.04.1992 (GV NW S. 124), des Gewerbesteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.03.1991 (BGBl. I S. 814/BGBl. III S. 611-5), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.09.1993 (BGBl. I S. 1569), des § 25 Grundsteuergesetz vom 07.08.1973 (BGBl. I S. 965), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.09.1993 (BGBl. I S. 1569) und des Gesetzes über die Zuständigkeit für die Festsetzung und Erhebung der Realsteuern vom 16.12.1981 (GV NW S. 732) hat der Rat der Stadt Dorsten in seiner Sitzung am 16.03.1994 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Die Steuerhebesätze für die Grundsteuer und die Gewerbesteuer werden wie folgt festgesetzt:

ab dem 01.01.2023

1. Grundsteuer		
1.1 - für land- und forstwirtschaftliche Betriebe	450 %	
Grundsteuer A		
1.2 - für die Grundstücke	870 %	
Grundsteuer B		
2. Gewerbesteuer	505 %	
- nach dem Ertrag und Kapital		

§ 2

Kleinbeträge für die Grundsteuer A und Grundsteuer B werden wie folgt fällig:

1. am 15. August mit ihrem Jahresbetrag, wenn dieser fünfzehn Euro nicht übersteigt;
2. am 15. Februar und am 15. August zu je einer Hälfte des Jahresbetrages, wenn dieser dreißig Euro nicht übersteigt.

§ 3

Diese Satzung tritt am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die Satzung über die Festsetzung der Steuerhebesätze für die Realsteuern in der Stadt Dorsten (Hebesatz-Satzung) wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Gem. § 4 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen wird auf folgende Rechtsfolgen hingewiesen:

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften nach der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Gemeindedirektor hat den Ratsbeschluß vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Dorsten, 24.03.1994

Ritter
Bürgermeister